

# Im jungen Alter schon Polit-Dino

Und bald Regierungsrat? Der Dornacher Gemeindepräsident Daniel Urech soll den Sitz der Grünen verteidigen.

Raphael Karpf

Ambitioniert, wie man als Jugendlicher nun mal ist, wählte Daniel Urech für seine Abschlussarbeit an der Steinerschule nichts Geringeres als das Thema «Demokratie». Wie das Zusammenleben geregelt wird, das habe ihn schon immer interessiert, erzählt er. Da die Arbeit mit einem praktischen Teil verbunden ist, entschied sich Urech, Stimmen zählen zu gehen.

Doch Stimmzähler müssen von einer Partei nominiert werden, erfuhr er. Also meldete er sich bei den Freien Wählern Dornach. Stimmzähler werden aber für eine ganze Legislatur gewählt, erfuhr er daraufhin. Doch nicht einmal das schreckte ihn ab, im Gegenteil. Cool, dachte sich Urech, und er liess sich gleich für vier Jahre wählen. Kurz nach seinem 18. Geburtstag zählte er im Wahlbüro in Dornach Stimmen, knapp vier Jahre später wurde er in den Gemeinderat gewählt.

## Bereits seit Anfang 20 im Dornacher Gemeinderat

Urech rutschte, wenn man so will, in die Politik hinein, weil es für seine Abschlussarbeit notwendig war. Und ist seither geblieben. Seit 2005 sitzt er im Gemeinderat, 2009 kandidierte er für die Grünen für den Kantonsrat, 2011 rutschte er nach. 2020 war er – als erster Grüner – Kantonsratspräsident, seit 2021 ist er Gemeindepräsident von Dornach. Nun soll der nächste Schritt folgen: ein Sitz im Solothurner Regierungsrat.

«Weil ich gerne politisch gestalte», begründet er kurz und knapp die Frage nach dem Wieso. Unterschiedliche Interessen herauszufiltern, diese in konkrete Vorlagen umzusetzen, die schliesslich Probleme lösen oder die Situationen von Menschen verbessern: «Das finde ich sehr spannend und befriedigend.»

Anwalt und Notar Urech präsidiert die kantonsrätliche Justizkommission. Er ist so etwas wie das juristische Gewissen seiner Fraktion. Rhetorisch ist er, und das lässt sich bei allen Anwältinnen und Anwälten im Parlament beobachten, sehr gewandt, und so tritt er nun auch im Wahlkampf auf. Sei es bei einer Podiumsdiskussion, im Live-Gespräch im Fernsehen oder beim Zeitungsinterview: Urech ist immer eloquent, immer diplomatisch.

## Steuererhöhungen: Seine Partei legte Urech ein Ei

So auch bei einer ziemlich heissen Kartoffel: dem Thema Steuererhöhungen. Man kann nichts Blöderes tun, als im Wahlkampf Steuererhöhungen zu fordern, so sagt man. So gesehen hat ihm seine Fraktion ein schönes Ei gelegt, als sie vor einigen Monaten einen Vorstoss eingereicht hat, mit der Forderung, Erhöhungen der Vermögens- oder Erbschaftssteuern zu prüfen.

Darauf angesprochen sagt Urech: «Ich fordere nicht konkrete Steuererhöhungen. Ich sage nur, dass man die Einnah-



Daniel Urech beim Gempenturm oberhalb von Dornach.

Bild: Juri Junkov (21. Januar 2025)

men nach den Aufgaben, die vorhanden und beschlossen sind, richten muss.» Das kann alles oder auch gar nichts heissen, eben, immer diplomatisch.

Schaut man sich den Smartspider von Daniel Urech an, fällt auf, dass er etwas «eingemittelt» politisiert als ein durchschnittlicher Grüner. Das gilt aber nicht für den Umweltschutz, dort stimmte er im Kantonsrat immer wie seine Fraktion. Und sagt offen: «Wir müssen vorwärts machen. Mir geht es zum Beispiel mit der Elektrifizierung unserer Fahrzeugparks viel zu langsam.» Weiter habe der Kanton bei den Themen Biodiversität und Klimaaktionsplan noch viel zu tun, ebenso mit der Frage, wie es nach der Ablehnung des Energiegesetzes weitergehen soll.

Eigentlich sei die Situation paradox. Auf der einen Seite habe er den Eindruck, dass die Skepsis gegen Anliegen des Umweltschutzes gewachsen sei. Auf der anderen Seite sehe man die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher. «Wichtig ist darum, dass man sich auf Lö-

sungen fokussiert, die funktionieren.» Das heisst, lieber kleine Schritte nehmen, wenn sie dafür in die richtige Richtung gehen.

Ein weiteres Schwerpunktthema von Urech sind die Anliegen der Gemeinden. Er ist nicht nur Gemeindepräsident, sondern auch Vorstandsmitglied im Solothurner Einwohnergemeindeverband (VSEG). Der Ton zwischen Kanton und Gemeinden hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verschärft. Hier die Wogen wieder zu glätten, darauf würde er einen Fokus legen, sagt Urech.

## Wie vereinbar ist das Amt mit kleinen Kindern?

Er ist allerdings gar nicht immer gleicher Meinung wie die freisinnig dominierte Spitze des Verbands, wie er während der Kantonsratsdebatte zum Kita-Gesetz durchblicken liess. Urech betont aber: «Ich will mich nicht vom VSEG distanzieren. Es geht nicht an, wie der Kanton beim Massnahmenplan Ablösungen an die Gemeinden vorgeschlagen hat.»

Bei allen Gestaltungsmöglichkeiten, die man als Regie-

rungsrat hat: Das Amt bedeutet auch, dass man ständig in der Öffentlichkeit steht, mit Anfeindungen umgehen muss. Ja, davor habe er durchaus Respekt. «Du musst bereit sein, für deine Überzeugungen und für den Kanton einzustehen.»

Und noch aus einem anderen Grund hat Urech Respekt vor dem Amt. Er wohnt mit seiner Familie in Dornach, hat zwei kleine Töchter, die jüngere ist gerade mal halbjährig. Die Tage als Regierungsrat sind lang, der Arbeitsweg macht sie noch länger. Um ein Zimmer in Solothurn wird Urech wohl kaum herumkommen. Da leidet zwangsläufig die Familienzeit. Ja, das sei ein schwieriger Aspekt, sagt er. Doch er habe sich die Kandidatur gut überlegt, und seine Familie unterstütze ihn voll.

Was würde anders mit einem Regierungsrat Urech? Eine neue Generation würde mit ihm Einzug in die Regierung halten, sagt er als Erstes. Und dann: «Vielleicht ist es an der Zeit, Änderungen, für die bisher der Mut fehlte, anzupacken.» Ein Beispiel: Die Solothurner Regierung habe

im Vergleich mit anderen Kantonen sehr tiefe Finanzkompetenzen. So musste der Kantonsrat kürzlich einen Mietvertrag der Polizei von 100'000 Franken jährlich bewilligen.

Weiter spricht Urech den Kauf des Gebäudes an der Bielstrasse 3 in Solothurn an. Wegen einer juristischen Fehleinschätzung war die Regierung vom Bundesgericht gerügt worden und muss den Kauf in der Höhe von fünf Millionen Franken nun nachträglich dem Kantonsrat vorlegen.

## Hauskauf sei kein solcher Skandal wie behauptet

Das sei bei weitem kein solcher Skandal, wie er von der SVP gezeichnet würde, sagt Urech. Eher im Gegenteil, zeige die Geschichte vielmehr, dass Reformbedarf bestehe. Denn müsse man jeden Gebäudekauf vom Parlament und sogar vom Volk absegnen lassen, könne das ein Grund sein, dass sich der Kaufpreis in den Verhandlungen erhöhe: «Ein Verkäufer will das Risiko einer Ablehnung oder eines langwierigen öffentlichen Entscheidungsprozesses eingepreist sehen.» Vielleicht sei es an der Zeit, über einen Rahmenkredit nachzudenken, mit dem die Regierung Gebäudekäufe tätigen kann, schlägt Urech vor. «Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir uns als Kanton lähmen lassen.»

Übrigens: Welches Departement wünscht er sich, Bildung oder Volkswirtschaft? «Da bin ich offen, ich will mich nicht im Voraus festlegen.» Bildung sei eine der edelsten Staatsaufgaben, aber auch die Volkswirtschaft sei sehr spannend, mit dem ganzen Energiebereich und dem Kontakt zu den Gemeinden. Eben: immer diplomatisch.

## Abstimmung über Mehrwertabgabe

**Initiative** Die Baselbieter Stimmberechtigten werden aller Voraussicht nach über die Volksinitiative «Fairer Kompromiss bei der Mehrwertabgabe» an der Urne abstimmen. Der Hauseigentümerverband Baselland und das Initiativkomitee haben gestern der Landeskantlei nach eigenen Angaben 3000 Unterschriften eingereicht. Für das Zustandekommen der Initiative wäre die Hälfte ausreichend gewesen. Gesammelt wurden die Stimmen in nur 30 Tagen.

Das Volksbegehren ist eine Reaktion auf den Vorschlag für eine kantonale Mehrwertabgabe, die die Baselbieter Regierung im Juni 2024 präsentiert hat. Diese geht den Initianten zu weit, denn hohe Mehrwertabgaben würden die Boden- und Wohnraumpreise in die Höhe treiben, wie sie schreiben. Sie kritisieren den vorgesehenen Automatismus für Mehrwertabgaben bei Um- und Aufzönungen mit bis zu 40 Prozent.

Die Initiative fordert deshalb, bei Einzonungen das bundesrechtliche Minimum von 20 Prozent zu behalten und bei Aufzönungen ganz auf eine Abgabe zu verzichten. Bei Umzönungen solle der Satz 30 Prozent betragen. Die Abgaben sollen zudem zweckgebunden verwendet werden müssen. Bei Erbschaften oder Schenkungen soll gar keine Mehrwertabgabe fällig werden. (bz)

## Nachrichten

### Auto bei Unfall mit Tram stark beschädigt

**Reinach** Beim Kreisel Brugg-/Hauptstrasse prallten am Dienstagabend das Auto eines 69-jährigen Lenkers und ein Tram der Linie 11 zusammen. Die Gefahrenbremse des Tramführers konnte den Unfall nicht mehr verhindern. Verletzte gab es keine. Die Gründe seien noch nicht restlos geklärt, teilt die Baselbieter Polizei mit. Der Tramverkehr der Linie 11 war zeitweise unterbrochen. (bz)

### Personenwagen steht in Flammen

**Läufelfingen** An der Hauptstrasse stand am Dienstagabend um 20 Uhr ein parkiertes Auto in Vollbrand. Die Feuerwehr rückte aus, konnte das Feuer rasch unter Kontrolle bringen und löschen. Personen wurden keine verletzt, die Brandursache ist bisher unbekannt. Die Baselbieter Polizei sucht Zeugen. (bz)

### Stromunterbruch in Etingen und Hofstetten

**Energie** In Teilen der Gemeinden Etingen und Hofstetten ist in der Nacht auf Mittwoch der Strom ausgefallen. Wie der Energieversorger Primeo mitteilt, kam es zwischen 3.41 Uhr und 5.40 Uhr zum Unterbruch. Betroffen waren insgesamt 1293 Menschen. Die Ursache war gemäss Mitteilung eine Kabelstörung im 13-Kilovolt-Netz. Primeo empfiehlt, die Uhren an elektrischen Geräten wie Heizungen, Kochanlagen oder Wecker zu prüfen. (bz)

## Daniel Urech (Grüne)



## Zur Person

Daniel Urech (41) ist in Arlesheim geboren, in Hochwald aufgewachsen und lebt seit 1997 in Dornach. Er besuchte die Steinerschule, absolvierte die Matura mit Schwerpunktfach Latein und studierte zweisprachig Jus an der Uni Fribourg. Auslandsaufenthalte führten ihn nach Berlin und in die USA. Urech arbeitet als selbstständiger Rechtsanwalt und Notar in Dornach mit Schwerpunkt Erbrecht. Er ist verheiratet und hat zwei kleine Töchter. (rka)